

VERNUNFTKRAFT.BAYERN

Landesverband des Freistaates Bayern in der Bundesinitiative
VERNUNFTKRAFT. e.V.

Bernhard Fliedner Weilerstr. 7b 82131 Gauting • Lydia Hock Im Eilthal 8 63933 Mönchberg
Claudia Kühn-Sutiono Weiherackerweg 15a 91080 Marloffstein
Mail: bayem@vernunftkraft.de

Landesverband des Freistaates Bayern in der Bundesinitiative
VERNUNFTKRAFT. e.V.

Bayerischen Ministerpräsidenten/CSU-Vorsitzenden
Herrn Dr. Markus Söder
Bayerische Staatskanzlei
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

10.09.2019

10-H-Abstandsregelung / Klimagipfel 20.09.2019

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Söder,

zuerst möchte Vernunftkraft.Bayern Ihnen und der CSU-Fraktion dafür danken, dass sie bei der 13. Plenarsitzung des Bayerischen Landtags am 21.03.2019 für den Erhalt der 10-H-Regelung gestimmt haben. Auch Ihr Klimastrategie-Papier vom 07.09.2019, in dem ausdrücklich erklärt wird, dass die 10-H-Regel beibehalten werden soll, bewerten wir positiv.

Dennoch sind wir und die angeschlossenen bayerischen Bürgerinitiativen besorgt über die Äußerungen auf der Pressekonferenz nach dem „Windkraftgipfel“ von Bundesminister Peter Altmaier am 05.09.2019 in Berlin – zu dem übrigens kein Vertreter von Vernunftkraft.Bayern eingeladen war. Auch die Bestrebungen Ihres Koalitionspartners in Bayern (Freie Wähler) auf Revidierung oder gar Abschaffung der 10-H-Regelung möchten wir kritisch hinterfragen.

Besonders im Hinblick auf den anstehenden „Klimagipfel“ am 20.09.2019 möchten wir Sie daher auf folgende Punkte aufmerksam machen:

Grundsätzlich ist eine stärkere Berücksichtigung von Arten-, Natur- und Landschaftsschutz durch die CSU selbstverständlich sehr zu begrüßen. Ein Primat des *Klimaschutzes* zu Lasten geschützter Flora und Fauna und auf Kosten der Gesundheit der Anwohner darf es aber nicht geben!

Ebenso lehnen wir einen *Klimaschutz* ab, der - wie wir befürchten - Stadt- und Landbevölkerung gegeneinander ausspielt, indem er allein der Landbevölkerung die sichtbaren Lasten der sogenannten Energiewende aufbürdet. Da helfen kein „Mitnehmen der Bevölkerung“ und keine „finanzielle Beteiligung“ an energiewirtschaftlich unsinnigen, volatilen Windrädern, wenn Mitbürger gesundheitlichen Belastungen durch Infraschall und Geräusch ausgesetzt sind und ganze (Erholungs-) Landschaften zu Windindustriegebieten verkommen!

Ein bayerischer *Klimaschutz*, der durch (noch mehr) Windräder in unseren schönen Landschaften auch weiterhin den globalen Klimawandel nicht merklich beeinflussen kann, dabei aber unsere sichere Stromversorgung gefährdet, wäre das Gegenteil von verantwortlichem Handeln.

Mit plumpen Parolen wie „Windenergieausbau ist Klimaschutz und Klimaschutz ist Artenschutz“, versucht der Bundesverband Windenergie (BWE) die Windkraft als effektives Mittel gegen den

Klimawandel darzustellen. Öffentlichkeit und Politik sollen hiermit auf einen weiteren, profitablen Ausbau der Windkraft eingeschworen werden.

Neben den mittlerweile hinreichend bekannten und diskutierten Gefahren für Umwelt und Gesundheit werden durch die Interessenvertreter natürlich auch die erheblichen technischen Nachteile der Windenergie unterschlagen, z.B.:

- Der mittlere Ertrag von Windrädern an Land liegt bei ca. 17% der installierten Leistung (=Investition). Ein volks- und marktwirtschaftlich sinnvoller Betrieb ohne staatliche Subventionen ist so nicht möglich – schon gar nicht im windschwachen Binnenland Bayern.
- Wetterbedingt schwankt die Energieausbeute von Windrädern. Jedes Jahr kommt es zu manchmal tagelangen Phasen mit Einspeisungen nahe Null. Die Schwankungen werden mit zunehmendem Ausbau ein immer größeres Ausmaß annehmen, sodass in kurzen Zeiträumen immer größere Energiemengen „von Außen“ zugeführt werden müssen – die Gefahr einer Unterversorgung (Black Out) steigt daher mit dem weiteren Ausbau. Die Diskussionen beim Bayer. Energiegipfel zeigten klar die Besorgnis der Experten.

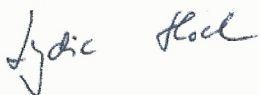
Mit zunehmender Aufklärung werden auch diese komplexeren Sachverhalte immer breiteren Kreisen bekannt und sorgen für zunehmende Unruhe bei zukünftigen Windradprojekten.

Wir möchten Sie und die CSU-Landtagsabgeordneten daher nachdrücklich bitten, sich auch weiterhin für den Erhalt der sinnvollen, befriedenden 10-H-Regelung einzusetzen. Sie sichert außerdem die gemeindliche Planungshoheit als wichtiges Element der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses demokratische Prinzip darf nicht angetastet oder gar auf dem Altar der Windindustrielobby geopfert werden!

Viele Bürger in anderen Bundesländern kämpfen für die Einführung einer menschenwürdigen Abstandsregelung zu den Windrad-Giganten: diese bayerische Regelung gilt vielen als Vorbild.

Stehen Sie und Ihre Partei fest zu dieser Regelung – in Berlin und auch bei der im Herbst geplanten Evaluierung durch das bayer. Wirtschaftsministerium – zum Wohle der betroffenen Anwohner und unserer schönen Kulturlandschaft!

Mit freundlichen Grüßen



Lydia Hock



Claudia Kühn-Sutiono

gez. Bernhard Fliedner

Vernunftkraft e.V. umfasst ein bundesweites Netzwerk aus rund 900 windkraftkritischen Bürgerinitiativen und Landesverbänden.

Anlage